

Das Thema nicht auf den Strompreis reduzieren

DISKUSSION Friesenenergie-Geschäftsführer Manfred Meinen fordert einen Masterplan für die Energiewende

In der Diskussion ist vor allem die EEG-Umlage. Der 57-Jährige fürchtet, das Erneuerbare Energien-Gesetz könnte durch eine Quotenlösung ersetzt werden.

HOHENKIRCHEN/GRA – Die Energiewende braucht einen Masterplan, der den weiteren Ausbau regenerativer Energieerzeugung gewährleistet, aber auch die Interessen von Betreibern konventioneller Kraftwerke berücksichtigt. Alle Akteure brauchen dringend Planungssicherheit. Das meint jedenfalls Manfred Meinen.

Der 57-Jährige ist im Hauptberuf Kämmerer der Gemeinde Wangerland. Seit Gründung des gemeindeeigenen Energieversorgers Friesenenergie im Jahre 2010 hat sich Meinen aber auch zu einem Experten in Sachen Energiepolitik entwickelt. Gemeinsam mit Gitta Heitmann, allgemeine Vertreterin von Bürgermeister Harald Hinrichs, ist er Geschäftsführer der Friesenenergie, die Ökostrom und Erdgas anbietet.

Im Moment fürchtet Meinen um die Energiewende allgemein und speziell um das Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG). In den Verhandlungen über eine Große Koalition könnten sich CDU und SPD vielleicht darauf verständigen, das EEG durch eine Quotenlö-



In Sorge, was die Energiewende betrifft: Manfred Meinen. FOTO: WZ-BILDDEINST/LÖBBE

sung abzulösen. Meinen: „Das wäre das Ende der Energiewende.“

Energieversorger müssten eine bestimmte Quote an Ökostrom erfüllen – und würden dafür wiederum nach der günstigsten Lösung suchen, vermutet Meinen. Das wiederum könnte sich als Hemmschuh für den Ausbau regenerativer Energieerzeugung erweisen. „Das steht auf des Messers Schneide“, meint Meinen zum aktuellen Sachstand.

Dabei hat das vor rund 20 Jahren eingeführte EEG mit auf 20 Jahre garantierten Einspeisevergütungen Deutschland in Sachen erneuerbare Energien erst zu dem gemacht, was es ist: Vorreiter in der Welt.

Doch „die regenerativen Energiequellen sind Opfer des eigenen Erfolgs geworden“,

sagt Meinen. Denn die EEG-Umlage zu ihrer Förderung ist stetig gestiegen – von 3,592 ct/kWh (2012) auf 5,277 ct/kWh in diesem Jahr. Ab 1. Januar 2014 sind 6,244 ct/kWh fällig. Für den Durchschnittshaushalt mit einem Verbrauch von 3500 kWh pro Jahr bedeutet dies Mehrausgaben von 36,61 Euro.

Zugleich sind die Einkaufspreise an der Strombörse gesunken. Klingt absurd, aber das kommt so: Die Versorger müssen Ökostrom, dessen Anteil an der Gesamtproduktion inzwischen knapp 22 Prozent beträgt, zu festgelegten Vergütungssätzen abnehmen. Auch dadurch steigt die EEG-Umlage. Insgesamt ist jedoch zu viel Strom am Markt – die Einkaufspreise sinken. „Damit hat keiner gerechnet“, sagt Meinen.

Was tun? Meinen plädiert für eine Reform des EEG. Renditen in zweistelliger Höhe müssten nicht sein: Die Vergütungssätze für Ökostrom könnten gesenkt werden.

Zugleich hält er es für wünschenswert, wenn alte Kohlekraftwerke abgeschaltet und flächendeckend vergleichsweise schadstoffarme Gaskraftwerke errichtet würden. Für die Umwelt wäre es gut, CO₂-Schleudern stillzulegen; mit Gaskraftwerken könnte auch besser auf Produktionsschwankungen von dezentral erzeugtem Ökostrom reagiert werden, weil sie schneller hoch- und runtergefahren



Ein Beispiel für die Energiewende: der Windpark Bassens im Wangerland. FOTO: GRABHORN

werden werden könnten.

Dafür wären erhebliche Investitionen nötig, die wiederum zu einem Anstieg des Strompreises führen würden. Aber Meinen ist zuversichtlich, dass sich dieser System-

umbau ohne Kostensteigerungen für den Verbraucher umsetzen lässt. Denn beim Strompreis gebe es Handlungsspielräume. Dass beispielsweise Golfplätze und Schlachthöfe von der EEG-

Umlage befreit würden, „geht gar nicht“, sagt Meinen.

Die Befreiung sollte auf Unternehmen begrenzt werden, die wirklich im internationalen Wettbewerb stünden. Schon dadurch würde die EEG-Umlage sinken. Noch aber zahlten Haushaltskunden und mittelständische Wirtschaft für die Großindustrie (und für Golfplätze) mit.

Solch eine Neuregelung würde zudem den Anreiz für Unternehmen zum Energiesparen wieder stärken, der im Zuge der Befreiungsregelung gelitten habe, sagt Meinen. Überhaupt sieht er noch ein Potenzial von bis zu 30 Prozent beim Energiesparen. Um den Strompreis im Griff zu behalten, wäre auch eine Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes denkbar.

Was die aktuelle Diskussion angeht, so hat Meinen noch einen Wunsch: Die Beteiligten mögen sich wieder an die Gründe für die Energiewende erinnern: die Atomkatastrophe von Fukushima und überhaupt das Risiko der Atomenergie; der Klimawandel mit schwer wiegenden bis verheerenden Folgen durch Verheizen fossiler Brennstoffe; das sich abzeichnende Ende der Verfügbarkeit von Kohle, Erdgas und Uran.

Die Energiewende sei zweifellos eine große technologische Herausforderung, sagt Meinen. Aber es könne nicht angehen, das Thema auf den Strompreis zu reduzieren.